

Herrlitz, Hans-Georg

Ein Chance wird fahrlässig vertan. Zur Kontroverse um die Orientierungsstufe in Niedersachsen

Die Deutsche Schule 93 (2001) 1, S. 6-9



Quellenangabe/ Reference:

Herrlitz, Hans-Georg: Ein Chance wird fahrlässig vertan. Zur Kontroverse um die Orientierungsstufe in Niedersachsen - In: Die Deutsche Schule 93 (2001) 1, S. 6-9 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-275360 - DOI: 10.25656/01:27536

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-275360>

<https://doi.org/10.25656/01:27536>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Offensive Pädagogik

Hans-Georg Herrlitz

Eine Chance wird fahrlässig verspielt

Zur Kontroverse um die Orientierungsstufe in Niedersachsen

Unter der Überschrift „*Niedersachsen macht Schule*“ hat Ministerpräsident Gabriel im August vergangenen Jahres für sein Bundesland eine Schulreform angekündigt, in der die schulformunabhängige Orientierungsstufe endgültig beseitigt werden soll. Man kann diesen überraschenden Schritt als einen Befreiungsschlag feiern, der die langjährigen Auseinandersetzungen um diese Schulstufe beendet und das Land Niedersachsen in die Normalität anderer SPD-geführter Bundesländer zurückführt, was den Übergang von der Grundschule in das gegliederte Schulsystem der Sekundarstufe betrifft. Man kann aber auch darüber nachdenken, ob Gabriels Initiative mit den Erfahrungen der niedersächsischen Orientierungsstufenarbeit vereinbar ist und wie sich dieser Schritt zu der Tradition sozialdemokratischer Schulreformpolitik in Deutschland verhält. Dazu einige Anmerkungen.

(1.) Dass sich die schulformunabhängige Orientierungsstufe in Niedersachsen so lange behaupten konnte, lässt sich historisch nachweisbar auf eine *besonders frühe und besonders erfolgreiche Reforminitiative der unmittelbaren Nachkriegszeit* zurückführen: auf den Schulversuch „Differenzierter Mittelbau“, wie er von Gustav Heckmann in Hannover entworfen und begründet worden ist. Demnach sollte der Grundschule eine ebenfalls 4-jährige Mittelstufe folgen, die durch einen differenzierten Kern-Kurs-Unterricht möglichst vielen Volksschülerinnen und Volksschülern (vor allem in ländlichen Bezirken) die Chance bieten sollte, den Übergang auf eine Mittel- oder gar Höhere Schule zu schaffen und dort ihre Schullaufbahn erfolgreich abzuschließen.

Dieser „Differenzierte Mittelbau“ ist von 1951 bis 1965 an insgesamt 19 niedersächsischen Volksschulen erprobt worden, und zwar mit dem Ergebnis, dass ca. 90% der Übergänger den Anschluss an das mittlere oder höhere Unterrichtsniveau ohne weiteres erreicht haben, wie man im „nichtamtlichen Teil“ des niedersächsischen Schulverwaltungsblatts von 1964 nachlesen kann. Im „amtlichen Teil“ stellte der Kultusminister per Erlass vom 3.11.1964 fest, dass die in diesem Schulversuch gewonnenen Erkenntnisse „große Bedeutung für die Weiterentwicklung unseres Schulwesens erlangt“ haben, und beendete das Experiment mit der Entscheidung, an den beteiligten Standorten die Klassen 5 bis 7 mit Beginn des Schuljahrs 1965/66 als „dreiklassige Förderstufen“ weiterzuführen und den erfolgreichen Kursabsolventen zu gestatten, ohne Aufnahmeprüfung in die 8. Klasse einer Mittelschule oder eines Gymnasiums überzugehen.

Bei diesem Erkenntnisstand und nach dieser Entscheidung war es dann nur konsequent, dass Günther Rönnebeck als Leiter der Schulabteilung des Ministeriums noch im selben Jahr die Forderung erhob, *generell das bisherige Ausleseverfahren am Ende der Grundschule einschließlich des umstrittenen Probeunterrichts abzuschaffen* und nach Maßgabe des „Differenzierten Mittelbaus“ durch eine dreijährige „Förderstufe“ zu ersetzen. Die bildungspolitische Offensive war damit auf höchster Ebene durch einen sozialdemokratischen Ministerialbeamten eröffnet.

(2.) Der Hinweis auf Günther Rönnebeck könnte die Vermutung erzeugen, dass sich in den 60er Jahren und danach vornehmlich oder gar ausschließlich die SPD für eine Reform der Mittelstufe stark gemacht hätte, was ja durchaus naheliegt, wenn man sich an *das klassische Einheitsschulkonzept der Sozialdemokratie* (Heinrich Schulz 1911) und an die Schulkämpfe der Weimarer Republik erinnert.

Diese Vermutung ist falsch! Verunsichert durch die Kassandrarufe Georg Pichts und Ralf Dahrendorfs und angeregt durch die moderaten Reformvorschläge des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen gab es vielmehr *auch und gerade in Niedersachsen bis weit in die CDU hinein eine Schulreformbereitschaft*, die zwar keineswegs das gegliederte Schulwesen in Frage stellte, aber doch die Verbesserung seiner Funktionstüchtigkeit zum Ziel hatte. So ergibt die Reihe der Kultusminister, die sich Verdienste um die Entwicklung und Verwirklichung der niedersächsischen Orientierungsstufe erworben haben, ein durchaus buntes, also erfreuliches Bild:

- Der Minister, der den Erlass vom 3. 11. 1964 unterzeichnete und damit die Ergebnisse des Schulversuchs „Differenzierter Mittelbau“ positiv sanktionierte, hieß Hans *Mühlenfeld* und kam von der FDP.
- Der Minister, der 1969 erstmals feststellte, „dass eine Lenkung der Schülerströme nach dem 12. Lebensjahr pädagogisch ergiebiger ist als eine solche nach dem 10. Lebensjahr“, und der demzufolge die Einführung einer zweijährigen „Orientierungsstufe“ für alle 11- bis 12-Jährigen ankündigte, hieß Richard *Langheine* und kam von der CDU.
- Der Minister, der diese Absichtserklärung nach der Landtagswahl von 1970 versuchsweise umsetzen und 1973 als gesetzliche Schulreform verbindlich machen konnte, hieß Peter *von Oertzen* und kam von der SPD.
- Der Minister, der die flächendeckende Einführung der zweijährigen Orientierungsstufe gegen zahlreiche örtliche Widerstände energisch vorantrieb und mit dem Abschlussgesetz von 1981 vollenden konnte, hieß Werner *Remmers* und kam von der CDU.

Vorläufig abgeschlossen wird diese illustre Reihe durch zwei Minister, die ihrem zähen Engagement für die schulformunabhängige Orientierungsstufe dadurch ein kleines Denkmal gesetzt haben, dass sie „Das Projekt Orientierungsstufe“ 1989 in Hannover in einer gemeinsam veröffentlichten Streitschrift verteidigten: Georg-Berndt *Oschatz* (CDU) und Rolf *Wernstedt* (SPD). Wernstedt weist hier mit großem Nachdruck auf den Konsensbereich der beiden großen Parteien hin und formuliert in trüber Vorahnung künftiger Entwicklungen: „Wer auf dieser Basis Schulreformen und Änderungen im System einleitet, muss wissen, dass er dies nicht willkürlich und einseitig wieder zurücknehmen darf, wenn nicht der Legitimationsvorschuss in die demokratischen Willensbildungsprozesse insgesamt Schaden leiden soll“ (S. 20).

Und *Oschatz* stellte damals unmissverständlich fest: „Die Orientierungsstufe erfüllt ihre Aufgabe und hat eine grundlegende, über viele Jahre sich erstreckende Veränderung der Organisation und der Inhalte des niedersächsischen Schulwesens bewirkt, so dass es keinen Weg zurück gibt“ (S. 79).

(3.) Geht man der Frage nach, welche Faktoren den parteiübergreifenden Orientierungsstufen-Konsens bewirkt haben könnten, so scheint den methodisch zwar bescheidenen, politisch aber folgenreichen „*Bestandsaufnahmen*“ der *Schulversuchsergebnisse* eine erhebliche Bedeutung zuzukommen. Das gilt bereits für die statistische Auswertung der Versuche mit dem „Differenzierten Mittelbau“ 1964, die u. a. ergeben haben, wie wichtig das abgeschlossene 7. Schuljahr für eine verlässliche Schullaufbahnprognose ist, während das 8. Schuljahr kaum noch zu veränderten Entscheidungen führt.

Das gilt erst recht aber für die *breit angelegte Auswertung der Orientierungsstufenarbeit im Schuljahr 1984/85*, als eine Kommission des Kultusministeriums auf der Grundlage von 770 Schul- und Schulinspektionsberichten eine umfassende, hochdifferenzierte Bestands- und Problembeschreibung über die Situation der niedersächsischen Orientierungsstufe vorgelegt hat. Während sich der Problemkatalog im Wesentlichen auf die große Heterogenität der Schülerschaft, auf die unzureichende Förderung der schwächeren Schüler und auf die kurze Dauer dieser Schulform konzentrierte, konnten sich die Befürworter einer offensiven Weiterentwicklung der Orientierungsstufe auf eine ganze Reihe positiver Befunde stützen:

- Die Arbeit der *Grundschule* wird von einem vorzeitigen, oft lernschädigenden Selektionsdruck entlastet.
- Die *Prognosesicherheit* der OS-Gutachten ist erheblich höher als die Grundschul-Empfehlungen nach Klasse 4.
- Die Quote der *nichtversetzten Realschüler und Gymnasiasten* ab Klasse 7 ist in Niedersachsen die niedrigste aller Bundesländer.
- Die Schülerinnen und Schüler der Orientierungsstufe gehen *gern und angstfrei* in diese Schule.
- Die *Schulwege* der 11- bis 12-Jährigen sind in weiten Teilen des Landes durch die Einrichtung von Orientierungsstufen erheblich verkürzt worden.
- Die *Akzeptanz durch die Eltern* ist nach dem Ergebnis der Bestandsaufnahme in der Orientierungsstufe höher als in den nachfolgenden Schulformen.

Auf der Grundlage dieser Befunde schienen am Ende der 80er Jahre die Existenz und die pädagogische Weiterentwicklung der Orientierungsstufe endgültig gesichert zu sein.

(4.) Warum dann aber noch die gemeinsame Streitschrift der Minister *Oschatz* und *Wernstedt* aus dem Jahr 1989? Gegen wen richtete sie sich? Wer es noch nicht gewusst haben sollte, der wird durch beide Autoren darüber belehrt, dass es in der CDU spätestens seit der Amtszeit von *Werner Remmers* eine *regional unterschiedlich starke Opposition gegen die Orientierungsstufe* und ihre flächendeckende Einrichtung als schulformunabhängige Schulstufe gegeben hat. Auf jedem Parteitag, so erinnert sich *Oschatz*, hätten sich „die alten Regimenter mit den alten Argumenten der Überforderung der Schwachen und der Unterforderung der Intelligenten“ zu Wort gemeldet, um „begleitet von den alten Gruppierungen der Eltern- und Lehrerverbände“ die Abschaffung der Orientierungsstufe zu fordern.

In dieser Situation, die Wernstedt als den „Aufstand einer Partei gegen sich selbst“ beschreibt, war der Reformwille und die bildungspolitische Verlässlichkeit der SPD in besonders hohem Maße gefordert – und man wird heute im Rückblick auf die 70er und 80er Jahre feststellen dürfen, dass die Sozialdemokratie damals ihrer Traditionslinie als bildungspolitische Reformpartei durchaus treu geblieben ist. „Hände weg von der Orientierungsstufe“ hieß damals ihre Parole, mit der sie sich gegen den Ausstieg der CDU aus dem bewährten Orientierungsstufen-Konsens zur Wehr setzte. Den Lohn dafür hat sie mit dem Ergebnis der Landtagswahl von 1990 und der Übernahme des Ministeramts durch Rolf Wernstedt erhalten.

(5.) Vor diesem Hintergrund kann man nur mit großer Bitterkeit zu dem Urteil kommen, *dass die niedersächsische SPD offenbar gewillt ist, sich von einem wesentlichen Stück ihrer bildungspolitischen Überzeugungen zu verabschieden* und dabei nicht einmal mehr die Kompromisslinie einzuhalten, die sie der CDU im Wahlkampf 1990 als bloßen „Formelkompromiss“ und als den absichtlichen „Tod einer Schule“ um die Ohren geschlagen hatte.

Noch schlimmer ist, dass der Ministerpräsident *nicht einmal bereit zu sein scheint, im Überschwang seiner Entscheidungswut die Ergebnisse einer neuen „Bestandsaufnahme“ zur Situation der niedersächsischen Orientierungsstufe abzuwarten*, wie es die Kultusministerin Jürgens-Pieper noch im Juli 2000 vorgeschlagen und in einem eigenen „Untersuchungsauftrag“ konkretisiert hatte. Es gibt über diese Schulform *keine wirklich neuen Erkenntnisse, die ihre Abschaffung auch nur entfernt rechtfertigen könnten*. Am schlimmsten aber finde ich, dass es in der SPD angesichts des Bruchs mit der eigenen Tradition kaum zu grundsätzlichen Diskussionen, geschweige denn zu hartnäckigen Protesten gegen die neue Leitlinie gekommen ist. Man darf gespannt darauf sein, wie sich diese bildungspolitische Selbstentmündigung auf die Kommunalwahlen im Herbst 2001 auswirken wird.

Die Schrift von Oschatz und Wernstedt über „Das Projekt Orientierungsstufe“ trägt den Untertitel „Eine Chance für die Kinder und die Politik in Niedersachsen“. Diese Chance bestand damals und besteht heute darin, dass wir uns die Zeit nehmen können und nehmen müssen,

... die Erfahrungen eines insgesamt mehr als 50-jährigen Schulversuchs produktiv zu verarbeiten,

... dabei die Mängel der Orientierungsstufe nüchtern zu analysieren und über die Nachteile einer nur zweijährigen Durchlaufstation nachzudenken,

... sowie schließlich die Diskussion pädagogisch sinnvoller Weiterentwicklungen nicht nur im engen Horizont der eigenen Landesgeschichte zu führen, sondern sich dabei endlich auch den Erfahrungen unserer europäischen Nachbarn zu öffnen.

Die niedersächsische Landesregierung ist dabei, diese Chance fahrlässig zu verspielen.

Hans-Georg Herrlitz, geb. 1934, Dr. phil.; Professor em. am Pädagogischen Seminar der Universität Göttingen; Schriftleiter dieser Zeitschrift;
Anschrift: Am Kreuze 53, 37075 Göttingen